



Nr. 32

15. August 2013

Inhalt

[dbb Chef zu Verkehrslage der Bahn in Mainz: „Musterbeispiel für schlechtes Personalmanagement“+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW im Gespräch über Notariatsreform+++](#)

[dbb berlin: Wir leiden unter Abwanderung der Beschäftigten+++](#)

[Gewinnbringender privater Handel im Internet ist steuerpflichtig+++](#)

[GDL: Bei der Bahn fehlen auch 800 Lokführer+++](#)

[Straßenwärter protestieren gegen Privatisierungspläne+++](#)

[DPolG erwartet weniger Ausschreitungen beim Fußball+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb Chef zu Verkehrslage der Bahn in Mainz: „Musterbeispiel für schlechtes Personalmanagement“

(dbb) Als ein „Musterbeispiel für schlechtes Personalmanagement“ hat der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt, die Verkehrssituation am Mainzer Hauptbahnhof bezeichnet und klar gemacht, dies gelte „nicht nur in Mainz, sondern im Unternehmen Bahn generell“.

Der „Saarbrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 14. August 2013) sagte Dauderstädt: „Hier hat es an Nachwuchsgewinnung, an Zukunftsorientierung gefehlt.“ Eine ähnliche Situation könne jederzeit auch an anderen Bahnhöfen eintreten, „weil die Personaldecke überall zu dünn ist“. Schon jetzt sei der Schaden für das Unternehmen enorm. Innerhalb weniger Tage sei das Image, das die Bahn sich mit teurer Werbung aufzubauen versuche, wieder zunichte gemacht. „Man hätte besser in mehr Personal investiert, statt in Plakate“, sagte Dauderstädt. Strikt wandte sich der dbb Chef gegen den Vorschlag von FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle, die Bahn an die Börse zu bringen. „Genau der gegenteilige Schluss ist richtig. Der Fall Mainz zeigt, dass man die öffentliche Infrastruktur nicht wie einen profitorientierten Großkonzern führen kann.“

Das Problem sei nicht auf die Bahn beschränkt. „Ob Schleusenwärter, Flughafenfeuerwehr,

Autobahnmeistereien, die Informationstechniker in einer Finanzverwaltung – es gibt überall im öffentlichen Dienst solche Schlüsselfunktionen. Und fast überall fehlt es an Personal, was schnell zu ähnlich existenziellen Engpässen führen kann. Zum Beispiel führen die Lebensmittelkontrolleure derzeit praktisch nur noch Stichproben durch. Da muss man sich dann über Fleischskandale nicht wundern.“

Als wichtigste Erwartung an die Parteien im Wahlkampf bezeichnete Dauderstädt eine attraktive Bezahlung der Beschäftigten anstelle von Nullrunden. „Der öffentliche Dienst muss wieder gestärkt werden und seine Rolle so ausüben können, wie es ein funktionierendes Gemeinwesen braucht. Die Politik der Sparrunden muss beendet werden.“
(01/32/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW im Gespräch über Notariatsreform

(dbb) Die Notariatsreform und die sich daraus ergebenden Probleme für die Beschäftigten war Gegenstand einer Unterredung, zu der Landesjustizminister Rainer Stichelberger BBW-Chef Volker Stich und die Vorsitzenden der zuständigen BBW-Fachverbände empfangen hat.

Wie der BBW am 12. August 2013 mitteilte, habe der Minister eingeräumt, dass viele seiner Politiker-Kollegen das Ausmaß der Notariats- und Grundbuchamtsreform unterschätzen, insbesondere im Hinblick auf die persönlichen Konsequenzen für die Betroffenen. Zugleich sicherte er seine Unterstützung bei der Bewältigung der anstehenden Probleme zu. Schließlich brauche das Land ein funktionsfähiges Notariat. BBW-Chef Stich forderte eine sozialverträgliche Umsetzung der Reform, darüber

hinaus aber auch, dass die verbrieften Grundsätze früherer Reformvorhaben fortgelten. Bei diesen Grundsätzen geht es unter anderem um die statusgleiche Versetzung von Beamten mit dem Ziel, eine amtsangemessene Verwendung zu erhalten, um den Erhalt der bisherigen Entgelt- und Fallgruppe bei Tarifbeschäftigten, die finanzielle Besitzstandswahrung bei nicht entgeltgerechter Verwendung sowie den Ausschluss reformbedingter Kündigungen. Ferner umfassen diese Grundsätze die beson-

dere Berücksichtigung der Interessenlage Teilzeitbeschäftigter und das Angebot von Tele- oder Heimarbeitsplätzen.

In viereinhalb Jahren soll die Reform des baden-württembergischen Notariatswesens greifen. Bis dahin sollen alle staatlichen Notariate aufgelöst werden und die dort bestehenden gerichtlichen Zuständigkeiten auf die Amtsgerichte übergehen. Die notarielle Arbeit der bislang im Landesdienst tätigen Notarinnen und Notare sollen künftig sogenannte Nurnotare wahrnehmen - Notare, die zur

hauptamtlichen Amtsausübung bestellt werden und die auf eigene Rechnung tätig sind. Bislang sind in Baden-Württemberg nebeneinander Notarinnen und Notare im Landesdienst, aber auch Notarinnen und Notare zur hauptberuflichen Amtsausübung (sogenannte Nurnotare) und Anwaltsnotarinnen und Anwaltsnotare bestellt. Bedingt durch Europarecht muss diese Regelung, die auf historischen Gegebenheiten gründet und deutschlandweit einmalig ist, jetzt weichen.
(02/32/13)

dbb berlin: Wir leiden unter Abwanderung der Beschäftigten

(dbb) Wegen der großen Unterschiede bei der Bezahlung wandern zahlreiche Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst Berlins in andere Bundesländer ab. „Und wir leiden darunter“, sagte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, dem „Behörden Spiegel“ (Ausgabe August 2013).

„Zum Beispiel im Justizbereich. Bedienstete in Justizvollzugsanstalten in Mecklenburg-Vorpommern verdienen 200 bis 250 Euro mehr, im Saarland sogar noch mehr. Und gerade in Berlin gibt es viele Bedienstete in diesem Bereich, die mit der Besoldungsstufe A7 in Pension gehen. Für diese Kolleginnen und Kollegen ist ein Wechsel lukrativ“, so Becker.

Der dbb Landesvorsitzende erneuerte die Kritik am Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, der im Mai 2013 im Zusammenhang mit

der Übertragung des Tarifabschlusses eine „Besoldungserhöhung“ von zwei Prozent für die Beamten angekündigt hatte. „Das war nicht fair“, sagte Becker, „weil diese zwei Prozent letztes Jahr beschlossen wurden, um etwas aufzuholen und nicht, um das Tarifergebnis zu übernehmen. Das geht nicht.“ Es werde vergessen, dass die Beamten zwischen 2004 und 2010 erhebliche Einschnitte hinnehmen mussten.
(03/32/13)

Gewinnbringender privater Handel im Internet ist steuerpflichtig

(dbb) Privater Handel mit Gewinnerzielungsabsicht im Internet ist steuerpflichtig. Darauf hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler hingewiesen.

Denn Privatpersonen, die nachhaltig und mit Gewinnerzielungsabsicht Internethandel auf Handelsforen betreiben, erzielen Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb, so Eigenthaler im „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 10. August 2013). „Dieser Gewerbebetrieb ist anzumelden.“ Es werden Einkommensteuer und oft auch Umsatzsteuer samt Gewerbesteuer fällig. Eigenthaler: „Aus Privatpersonen werden in solchen Fällen Unternehmer. Und die müssen dem Finanzamt dann sogar eine Gewinnermittlung vorlegen.“

Doch das macht nicht jeder. Egal ob, er es nicht weiß, nicht wissen will oder „vergisst“, keine Ausrede helfe. Die Steuerfahndung habe diese „vergesslichen“ Internet-Verkäufer längst im Visier. „Es wird in Zukunft sicherlich zu verstärkten Stichproben der Fahnder kommen. Vor allem, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass jemand in großem Stil Handel betreibt, ohne Steuern zu bezahlen“, sagte Eigenthaler. Er gehe davon aus, dass vor allem Ebay im Fokus stehen wird.

Zunächst war nicht klar, ob entsprechende Anfragen überhaupt rechtens sind. Doch das wurde kürzlich vom Bundesfinanzhof entschieden - zugunsten der Steuerfahnder. „Daraus

ergibt sich, dass Portale wie beispielsweise Ebay verpflichtet sind, Auskunft zu geben“, so Eigenthaler.
(04/32/13)

GDL: Bei der Bahn fehlen auch 800 Lokführer

(dbb) Bei der Deutschen Bahn AG fehlen nach Ansicht der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) mindestens 800 Lokführer. GDL-Chef und dbb Vize Claus Weselsky will das Unternehmen über Tarifverträge zu einer vernünftigen Personalplanung zwingen. Das kündigte er am 13. August 2013 im Interview mit der Nachrichtenagentur dpa an.

„Die Personalsituation bei den Lokomotivführern ist seit Jahren angespannt. Wir haben bereits im Jahre 2011 gegengesteuert, indem wir in Tarifverhandlungen feste Einstellungsquoten miteinander vereinbart haben. Damals waren es 500, 2012 haben sie dann 700 Einstellungen von der DB AG verlangt. Aber wir durften feststellen, das reicht bei weitem nicht aus, um die natürliche Fluktuation auszugleichen und um die vor uns liegenden Abgänge zu kompensieren.“

Die Zahl der Überstunden steige stetig. im Jahr 2011 mehr als 2,4 Millionen Überstunden, 2012 bereits 2,9 Millionen Überstunden „und wir gehen im Jahre 2013 weit über die 3 Millionen an Mehrleistungsstunden“, sagte Weselsky. „Die Kollegen kommen nicht dazu, die Mehrleistungsstunden abzubauen und sie wer-

den gezwungen, immer wieder neue zu machen.“

Dass es zu diesen Personalengpässen gekommen sei, „ist eine Unternehmensstrategie“ und ein „strukturelles Defizit“. Weselsky: „Mit fehlendem Personal kann man am meisten sparen, so dass die Leute dann gezwungen sind, Überstunden zu machen.“

Auch in der „Welt“ (Ausgabe vom 12. August 2013) hatte der GDL-Chef auf die schlechte Personalpolitik der Bahn verwiesen: „Man lebt von der Hand in den Mund, die Planung richtet sich nicht am Bedarf, sondern am Budget aus.“ Folge sei, dass zum Beispiel bei der Güterbahn DB Schenker Rail Fracht nicht mehr gefahren würde, weil es an Loks und Lokführern fehle.
(05/32/13)

Straßenwärter protestieren gegen Privatisierungspläne

(dbb) Gegen die Privatisierung der Autobahn A 7 haben Mitglieder des Verbandes Deutscher Straßenwärter VDStr., der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, protestiert.

Der Protest am 9. und 10. August 2013 in Seesen (Niedersachsen) richtete sich gegen Pläne des Bundesverkehrsministeriums, das den Ausbau der A 7 über das sogenannte A-Modell privatisieren und sich damit über die Bedenken der Landesregierung Niedersachsen und des Bundesrechnungshofes hinwegsetzen will. Den Ausbau der A 7 in Öffentlich Privater Partnerschaft (ÖPP) zu bewerkstelligen, sei rund 20 Millionen Euro teurer als ein Ausbau in Regie der öffentlichen Hand und gefährde viele Arbeitsplätze in den Autobahnmeistereien, so der VDStr.

„Das kann möglicherweise künftig das gesamte Straßenwesen betreffen, also viele Arbeitsplätze, deshalb gilt es jetzt, Flagge zu zeigen. Die Absicht des Bundesverkehrsministeriums muss verhindert werden, deshalb treffen sich Straßenwärterinnen und Straßenwärter zu einem Informationsaustausch, um ihren Unmut zu bekunden“, hieß es in dem Aufruf des VDStr.

Rund 40 Mitglieder des Verbandes hatten am 9. August Flugblätter gegen die geplante Privatisierung der Bundesautobahn 7 auf Rast- und Parkplätzen an die Autofahrer verteilt und an Autobahnbrücken Banner aufgehängt. Der stellvertretende Landesvorsitzende des Ver-

bandes Alexander Jacob berichtete, die Aktion sei auf ein positives Echo bei Auto- und Lkw-Fahrern gestoßen. Die Aktion, die an der Autobahnmeisterei Seesen begonnen hatte, sei der Beginn einer ganzen Reihe von Protesten in

nächster Zeit, sagte Jacob: „Wir wollen die Mitbürger kontinuierlich darüber informieren, welche negativen Auswirkungen eine Privatisierung hätte.“
(06/32/13)

DPoIG erwartet weniger Ausschreitungen beim Fußball

(dbb) Nach Jahren der Kritik an der Gewalt in Fußballstadien rechnet die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) zum Saisonstart der Bundesliga erstmals mit weniger Ausschreitungen.

DPoIG-Vorsitzender Rainer Wendt sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 9. August 2013): „Wir können diesmal mit mehr Gelassenheit in die neue Saison gehen. Die Fans haben sich deutlich von den Krawallmachern distanziert und Rechtsextremisten die rote Karte gezeigt. Ich bin guten Mutes, dass es weit weniger Ausschreitungen geben wird.“ Zudem hätten die Vereine und die Ligen ihre Sicherheitskonzepte mit „guter Videoüberwachung“ und „intensiven Einlasskontrollen“ stark verbessert.

Wendt kündigte zugleich an, dass die Polizei gegen Störenfriede „mit harter Hand“ vorgehen werde. „Bei bengalischen Feuern kennen wir kein Pardon mit den Ultras. Das Abbrennen

von Pyrotechnik ist ganz klar strafbar“, sagte der DPoIG-Chef.

In der Vergangenheit war es unter anderem zu schweren Ausschreitungen von Dresdner Fans in Dortmund (November 2011) gekommen. Laut Zentraler Informationsstelle Sporteinsätze war die Zahl der Arbeitsstunden von Polizisten bei Fußballspielen in der Saison 2011/12 stark angestiegen; sie wuchs um 21,6 Prozent auf gut 1,3 Millionen. Hinzu kamen etwa eine halbe Million Arbeitsstunden der Bundespolizei. Somit wurden statistisch gesehen 1.500 Beamte allein zur Sicherung von Fußballspielen benötigt.
(07/32/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) **Hermann Fredersdorf** ist am 8. August 2013 nach langer, schwerer Krankheit im 90. Lebensjahr verstorben. Fredersdorf blickte auf eine lange Gewerkschaftskarriere zurück. Bereits Ende 1946 war er Gründungsmitglied der „Deutschen Beamtengewerkschaft Gelsenkirchen-Buer-Wattenscheid“, die nach der Gründung des DBB als Kreisverband in den Deutschen Beamtenbund – heute dbb beamtenbund und tarifunion - integriert wurde. Von 1957 bis 1979 amtierte Fredersdorf als Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und bestimmte die Geschicke des dbb von 1969 bis 1979 als stellvertretender dbb Bundesvorsitzender entscheidend mit. Für seine Verdienste wurde er vom Gewerkschaftstag zum dbb Ehrenmitglied gewählt. Auch auf europäischer Ebene war Fredersdorf engagiert: 1969 gründete er die Union des Finanzpersonals Europas (UFE), als deren Präsident er bis 1980 wirkte. Von 1970 bis 1982 war er darüber hinaus Mitglied im

Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaft. Der dbb wird Hermann Fredersdorf ein ehrendes Andenken bewahren.

Am 9. August 2013 hat der „dbb Norden“ bei der Hanse Sail in Rostock die Segel gesetzt und stach in See. Die Vorsitzenden der einladenden dbb Landesbünde Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, **Rudolf Klüver, Anke Schwitzer und Dietmar Knecht** konnten bei strahlendem Wetter 120 maritime Fans an Bord der „Atlantis“ begrüßen, unter ihnen Abgeordnete, Verwaltungsspitzen sowie zahlreiche Mitglieder des dbb Bundesvorstands. „Ich bin stolz, dass wir mit dem 1. dbb Nordtreff hier im schönen Mecklenburg-Vorpommern starten“, sagte Dietmar Knecht nach dem Ablegen. Der 2. dbb Nordtreff wird 2014 in Hamburg stattfinden.

Der dbb Berlin hat zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Stellung genommen, der die Abschaffung der Praxisgebühr zum Inhalt hat. Die Stellungnahme wurde am 14. August 2013 an Innensenator Frank Henkel übergeben. dbb Landevorsitzender **Frank Becker** kritisierte, dass die Zeit für die Abgabe der Stellungnahmen von Gewerkschaften und Berufsverbänden zu kurz gewesen sei. Der Gesetzentwurf war erst mit Schreiben vom 4. Juli 2013 vorgelegt worden, obwohl die Regelungen zum Wegfall der Praxisgebühr in der gesetzlichen Krankenversicherung und im Beihilferecht des Bundes bereits im Jahr 2012 beschlossen worden waren. „Das Land Berlin ist offenbar nicht in der Lage oder aber nicht willens, positiv wirkende Regelungen zeitnah auch auf seine Beschäftigten zu übertragen“, so die Kritik Beckers. Inhaltlich bekräftigte der dbb berlin seine Ablehnung einer Kostendämpfungspauschale. Durch diese fühlten sich die Beamten und Versorgungsempfänger ab den Besoldungsgruppen A 7 ungerechtfertigt zusätzlich belastet.

Der **dbb bremen** hat über das weitere Vorgehen bei Klagen wegen amtsangemessener Alimentation informiert, die durch die unangemessene Besoldungsanpassung 2013/2014 beziehungsweise die Nullrunde für die Beamten ab Besoldungsgruppe A 13 bedingt sind. Empörung und Enttäuschung der Mitglieder seien groß, so der dbb Landesbund am 12. August 2013. Um allen Mitgliedern gleiche Chancen einzuräumen und Verjährungsfristen vorzubeugen, habe der dbb bremen Finanzsenatorin Karoline Linnert angeschrieben und um eine entsprechende Erklärung gebeten. Zugesichert worden sei, dass für den Fall, dass der dbb bremen Musterklagen betreibt, die übrigen Antragsteller und Widerspruchsführer so behandelt würden wie die Kläger der Musterverfahren.

Dass der Staat immer häufiger Konten von Steuerzahlern abfragt, hält der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** für gerechtfertigt. „Wenn Steuerzahler nicht zahlen wollen, droht dem Staat und der Allgemeinheit ein ungerechtfertigter Steuerausfall“, sagte Eigenthaler dem „Schwarzwälder Boten“ (Ausgabe vom 9. August 2013). „Es ist daher völlig sachgerecht, in solchen Fällen nach Konten zu forschen, um die Rückstände eintreiben zu können.“ Auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit können neben Zollbehörden, Arbeitsagenturen, Sozialbehörden, Wohngeldstellen und der Steuer-

verwaltung seit Anfang dieses Jahres auch Gerichtsvollzieher Kontenstammdaten von Bürgerinnen und Bürgern abfragen. Die Zahl der Abfragen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. 2012 waren es insgesamt 70.706 Kontoabfragen, so Eigenthaler. Im ersten Halbjahr 2013 verzeichnete das Bundeszentralamt für Steuern, wo die Anfragen aus den Behörden zusammenlaufen, bereits fast 60.000. Berichte, wonach die staatliche Schnüffelei keine Grenzen kenne, bezeichnete der DSTG-Chef als „reine Stimmungsmache“.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) hat seine Kritik am Vorgehen von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière bei der Bundeswehrreform bekräftigt. Die „Welt“ (Ausgabe vom 8. August 2013) zitiert den VBB-Bundesvorsitzenden **Wolfram Kamm** mit den Worten: „Ich habe in meinen fast 40 Jahren bei der Bundeswehr noch nie eine derart schlechte Stimmung erlebt.“ Das Vertrauen der Beamten in die Führung sei geschwunden, sagte Kamm, die Art des Umgangs mit den Beschäftigten inakzeptabel: „Die Menschen fühlen sich wie auf einem Schachbrett hin und her geschoben. So dramatisch ist noch kein Verteidigungsminister mit seinem Personal umgegangen. Das hat tiefe Wunden hinterlassen.“

Nach dem starken Anstieg der Zahl gewalttätiger Übergriffe auf Polizisten im vergangenen Jahr (betroffen waren 2012 laut internem Lagebild des Bundeskriminalamts 60.294 Beamte und damit 9,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor) hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) bis zu fünf Jahre Strafe für Gewalttäter gefordert. Der DPoIG-Vorsitzende **Rainer Wendt** sagte der „Welt“ (Ausgabe vom 11. August 2013): „Die Bundesregierung hat den strafrechtlichen Schutz der Einsatzkräfte verbessert, indem die Strafandrohung von zwei auf drei Jahre wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte erhöht wurde.“ Das genüge aber noch nicht. „Die Strafandrohung muss auf fünf Jahre steigen“, so Wendt. Wer Polizisten angreife und verletze, müsse damit rechnen, dass er für längere Zeit ins Gefängnis komme. Ein Sonderparagraf für Polizisten im Strafgesetzbuch reiche nicht aus, zumal in zunehmendem Maße auch Lehrer, Staatsanwälte und kommunale Beschäftigte von gewalttätigen Übergriffen betroffen seien.
(08/32/13)